



Kantonsratsbeschluss

betreffend Darlehen an die Stiftung «The International School of Zug and Luzern» (ISZL) zur Finanzierung der Schulraumerweiterung

Bericht und Antrag der vorberatenden Kommission
vom 1. Dezember 2025

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die ad-hoc Kommission Darlehen ISZL hat den Kantonsratsbeschluss betreffend Darlehen an die Stiftung «The International School of Zug and Luzern» (ISZL) zur Finanzierung der Schulraumerweiterung (Vorlage Nr. 3958.2 - 18267) an zwei halbtägigen Sitzungen am 31. Oktober 2025 und am 1. Dezember 2025 beraten. Finanzdirektor Heinz Tännler vertrat die Haltung des Regierungsrats. An der ersten Sitzung standen seitens der ISZL Stefan Dittli (Director of Operations) und Jennifer Bayard (Vizepräsidentin des Stiftungsrats) für Auskünfte zur Verfügung. Die Kommissionssekretariatsleitung lag bei Marco Braschler, juristischer Mitarbeiter der Finanzdirektion. Das Protokoll führte Christa Hegglin.

Wir erstatten Ihnen den wie folgt gegliederten Bericht:

1. Ausgangslage	1
2. Ablauf der Kommissionsberatung	2
3. Eintretensdebatte	3
4. Abklärungsaufträge und Sistierung	3
5. Erkenntnisse der Kommission	4
5.1. Finanzielle Notwendigkeit und Subsidiarität	4
5.2. Offene Fragen	4
5.3. Volkswirtschaftliche Bedeutung und Entlastung der öffentlichen Hand	5
5.4. Sicherheiten und Risiko	5
5.5. Mehrwert für die Öffentlichkeit	5
5.6. Gesamtwürdigung	5
6. Detailberatung	5
7. Schlussabstimmung	7
8. Antrag	7

1. Ausgangslage

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, der Stiftung «The International School of Zug and Luzern» (ISZL) ein rückzahlbares Darlehen von maximal 15 Millionen Franken zu gewähren. Das Darlehen soll mit dem Leitzins der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zuzüglich einer Marge von 0,75 Prozentpunkten verzinst werden. Der Zweck des Darlehens ist die Mitfinanzierung der Schulraumerweiterung am Campus Hünenberg.

Die ISZL ist eine seit 1961 bestehende gemeinnützige Stiftung, die aktuell über 1200 Schülerinnen und Schüler aus mehr als 60 Nationen unterrichtet. Das geplante Erweiterungsprojekt umfasst den Neubau eines Schulhauses für die Middle School, die Erweiterung der Cafeteria, den Bau einer unterirdischen Einstellhalle sowie eines Mehrzweckgebäudes. Die Gesamtinvestition beläuft sich auf rund 65,9 Millionen Franken.

Mit dieser Vorlage beabsichtigt der Regierungsrat, die Standortattraktivität des Kantons Zug für international mobile Fachkräfte zu stärken. Die solide Finanzlage des Kantons ermöglicht die Gewährung dieses Darlehens, für das dem Kanton im Gegenzug Grundpfandrehtliche Sicherheiten gewährt werden. Zudem soll durch die öffentliche Nutzung von Räumlichkeiten und Außenflächen ein Mehrwert für die lokale Bevölkerung geschaffen werden.

2. Ablauf der Kommissionsberatung

An der ersten Sitzung vom 31. Oktober 2025 präsentierten Finanzdirektor Heinz Tännler sowie die Vertretung der ISZL, Stefan Dittli und Jennifer Bayard, das Projekt und die Finanzierungssituation.

Die Kommissionsberatung gliederte sich im Wesentlichen in drei Phasen: Nach der Vorstellung der Vorlage führte die Kommission an der ersten Sitzung die Eintretensdebatte, in deren Rahmen sie mit 8 zu 6 Stimmen auf die Vorlage eintrat. Anschliessend erteilte die Kommission Abklärungsaufträge und sistierte die weitere Beratung mit 9 zu 4 Stimmen, bis die Antworten auf die Interpellation von Etienne Schumpf und Flurin Grond (Vorlage Nr. 3978.1 - 18296 «Braucht der Regierungsrat bald eine Banklizenz?») sowie die beantragten Abklärungen vorlagen. An der zweiten Sitzung vom 1. Dezember 2025 würdigte die Kommission die Ergebnisse der Abklärungen und führte die Detailberatung sowie die Schlussabstimmung durch.

2.1. Finanzierungsstruktur und Rolle der Banken

Die Vertretung der ISZL legte dar, dass Banken Schulbauten aufgrund des spezifischen Risikoprofils (Klumpenrisiko, Abhängigkeit von Schülerzahlen) anders bewerten als gewöhnliche Immobilien. Während bei Wohnraum Finanzierungen bis zu 80 Prozent üblich sind, liegt die Belehnungsgrenze bei Schulbauten bei maximal 60 Prozent. Für die nächste Hypothek wurde seitens der Banken eine Senkung auf 50 bis 55 Prozent signalisiert.

2.2. Strukturwandel bei Expat-Verträgen

Es wurde ausgeführt, dass sich die Situation für «Expats» gewandelt hat: Die früher üblichen «Expat-Packages», welche die Schulkosten vollständig deckten, werden heute oft nach wenigen Jahren in lokale Verträge umgewandelt. Viele Eltern müssen das Schulgeld selbst tragen und verfügen über mittlere Einkommen. Eine massive Erhöhung der Schulgelder zur Finanzierung des Neubaus würde die Konkurrenzfähigkeit der Schule gefährden.

2.3. Dringlichkeit (Standort Walterswil)

Ein wesentlicher Treiber für das Projekt ist die Situation am Standort Walterswil. Der Mietvertrag für die dortigen provisorischen Bauten (Stiftung Don Bosco) läuft aus und kann nicht über das Schuljahr 2028/29 hinaus verlängert werden. Dies erzeugt einen zeitlichen Handlungsdruck für den vorgesehenen Neubau in Hünenberg.

3. Eintretensdebatte

Die Abstimmung über das Eintreten fand am Ende der ersten Sitzung vor dem Sistierungsbeschluss statt. Die Debatte wurde ausführlich und kontrovers geführt.

Die Befürworter brachten mehrere gewichtige Argumente vor. Ein Mitglied argumentierte, dass der Kanton bei einer Verzinsung von 0,75 Prozent über dem SNB-Leitzins und einer Sicherheit von 36 Millionen Franken in Form von Immobilienwerten ein gutes Geschäft mache, insbesondere in unsicheren Zeiten am Kapitalmarkt. Es wurde zudem betont, dass die ISZL die gemeindlichen Schulen massiv entlaste. Müssten die über 1000 Schülerinnen und Schüler in die Volksschule integriert werden, hätte dies massive Platzprobleme und erhebliche Kosten zur Folge. Vorgebracht wurde auch, dass die internationale Gemeinschaft einen grossen Teil der Steuereinnahmen generiere und das Darlehen eine Form sei, etwas zurückzugeben. Im Vergleich zum EVZ-Darlehen, wo das Risiko für den Kanton höher eingeschätzt wurde, sei das Risiko hier aufgrund der Immobilienwerte minimal.

Die Gegner machten hingegen ordnungspolitische Bedenken geltend. Sie argumentierten, dass das Darlehen der Zuger Bevölkerung nichts nütze. Es sei nicht Aufgabe des Staates, als Bank aufzutreten und private Institutionen zu subventionieren. Der Kanton greife stark in den privaten Kapitalmarkt ein. Kritisiert wurde zudem, dass die Schule eine Parallelgesellschaft, eine sogenannte Expat-Bubble, fördere. Mit Schulgeldern von bis zu 30 000 Franken sei das Angebot nur für eine kleine, gutbetuchte Klientel zugänglich, wobei nur circa 8 Prozent Schweizer Eltern seien. Ein Mitglied rechnete vor, dass die Zinsdifferenz bei einer Finanzierung über den Kapitalmarkt mit circa 1,5 Prozent Mehrzins pro Schülerin und Schüler lediglich rund 190 Franken pro Jahr betragen würde. Wer sich das hohe Schulgeld leisten könne, werde wegen 200 Franken Mehrkosten nicht die Schule verlassen. Die Preissensitivität der Eltern wurde als gering eingeschätzt. Aufgeworfen wurde auch die Frage, wo die Grenze zu ziehen sei und ob künftig auch andere Privatschulen wie beispielsweise die Rudolf Steiner Schule Darlehen beantragen dürften.

Der Finanzdirektor stellte sich auf den Standpunkt, dass Abklärungsaufträge sinnvollerweise nur ausgeführt würden, wenn die Kommission auf die Vorlage eintrete.

➔ Die Kommission beschloss mit **8:6 Stimmen** ohne Enthaltung, auf die Vorlage Nr. 3958.2 – 18267 einzutreten.

4. Abklärungsaufträge und Sistierung

4.1. Sistierungsantrag anlässlich der 1. Sitzung

Im Verlauf der ersten Sitzung stellte ein Kommissionsmitglied den Antrag auf Sistierung der Beratung. Begründet wurde dies damit, dass zuerst die hängige Interpellation von Etienne Schumpf und Flurin Grond (Vorlage Nr. 3978.1 - 18296 «Braucht der Regierungsrat bald eine Banklizenz?») beantwortet werden müsse, um die grundsätzliche Rolle des Staates im Wettbewerb mit Banken zu klären. Zudem wurde argumentiert, dass ein sauberer politischer Prozess eingehalten werden müsse: Entweder man trete auf die Vorlage ein und kläre die offenen Fragen, oder man breche die Übung ab. Ein weiteres Kommissionsmitglied zog daraufhin seinen eigenen Abklärungsauftrag zurück und unterstützte die Sistierung, ebenso wie weitere Votanten, die einen korrekten Ablauf forderten.

➔ Die Kommission stimmte dem Sistierungsantrag mit **9:4 Stimmen** ohne Enthaltung zu.

4.2. Ergebnisse der Abklärungsaufträge (2. Sitzung)

Auf die zweite Sitzung vom 1. Dezember 2025 hin lagen die Antworten auf die Interpellation von Etienne Schumpf und Flurin Grond (Vorlage Nr. 3978.1 - 18296 «Braucht der Regierungsrat bald eine Banklizenz?») sowie die Antworten auf die Abklärungsaufträge vor.

Bankbestätigungen: Finanzdirektor Heinz Tännler informierte, dass die Zuger und die Luzerner Kantonalbank schriftlich bestätigt haben, dass sie im Rahmen einer Kooperation von den benötigten 60 Millionen Franken maximal 34 Millionen finanzieren. Die Banken baten darum, die Schreiben der Kommission nicht zur Verfügung zu stellen. Der Inhalt der Schreiben wurde der Kommission mündlich durch den Finanzdirektor bestätigt. Daraus resultierte das Fazit, dass es für die ISZL ohne das Kantonsdarlehen von 15 Millionen Franken «sehr schwierig» werde, das Projekt zu realisieren.

Deckungslücke: Die Abklärungen wiesen einen Gesamtbedarf von 60 Millionen Franken aus. Davon können die Banken maximal 34 Millionen finanzieren. Weitere 4 Millionen können aus dem Eigenkapital der ISZL entnommen werden, und zusätzliche 3 Millionen sollen durch Spenden generiert werden. Daraus ergibt sich eine Finanzierungslücke, die durch das beantragte Darlehen des Kantons in der Höhe von 15 Millionen Franken gedeckt werden muss.

Neubeurteilung: Mehrere Kommissionsmitglieder, die an der ersten Sitzung noch kritisch waren, äusserten, dass sich die Ausgangslage aufgrund der Antworten auf die Abklärungsaufträge verändert habe. Es wurde erkannt, dass das Darlehen eine effektive Lücke in den Eigenmitteln der ISZL schliesst und nicht nur eine Zinsoptimierung darstellt. Ein Mitglied hielt fest, es sei nun «weit weniger kritisch» als noch an der ersten Sitzung.

5. Erkenntnisse der Kommission

5.1. Finanzielle Notwendigkeit und Subsidiarität

Die Bestätigungen der Banken haben aufgezeigt, dass eine vollständige Finanzierung über den Kapitalmarkt an Grenzen stösst (maximal 60 Prozent Belehnung bei Spezialimmobilien). Die Banken sind bereit, im Rahmen eines Konsortiums maximal 34 Millionen Franken zu finanzieren. Das Darlehen des Kantons ist daher notwendig, um die verbleibende Finanzierungslücke zu schliessen und die Realisierung des Projekts zu sichern. Die Alternative – eine Erhöhung der Schulgelder – wird von der Mehrheit als Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit der Schule bewertet.

5.2. Offene Fragen

Die Frage, auf welchen Ansatz die Höhe des Schulgeldes anzuheben wäre, falls die ISZL auf eine alternative Finanzierung angewiesen wäre, konnte nicht abschliessend geklärt werden. Die an der ersten Sitzung durch ein Kommissionsmitglied vorgenommene Berechnung, wonach sich das Schulgeld bei einer Zinsdifferenz von rund 1,5 Prozent um circa 200 Franken pro Schülerin und Schüler und Jahr erhöhen würde, wurde von der ISZL weder verifiziert noch falsifiziert. Der Finanzdirektor wies darauf hin, dass eine Schulgelderhöhung keine Finanzierungszusage der Banken bewirke, da diese unabhängig von der Schulgeldentwicklung die maximale Kredithöhe festlegen würden. Für die ISZL komme eine Erhöhung der Schulgelder nicht in Frage. Offen blieb auch die weitergehende Frage, zu welchen Konditionen beziehungsweise ob die ISZL überhaupt eine alternative Finanzierungsmöglichkeit gehabt hätte.

Zudem wurde die Frage des Grundpfandrechts und der Grundpfandversicherung aufgeworfen. Ein Kommissionsmitglied verwies darauf, dass der Kanton beim ersten Darlehen an die ISZL im Jahr 2010 (Vorlage Nr. 1950) keine Grundpfandsicherung erhalten hatte, weil das betreffende Grundstück (Sportanlage) bereits vollumfänglich belastet war. Es stellte sich die Frage, ob diese Belastung noch besteht und wie sie sich auf die aktuelle Beurteilung auswirkt. Der Finanzdirektor konnte diese Frage nicht abschliessend beantworten, ging aber aufgrund der vorliegenden Bankbestätigungen davon aus, dass die Grundstücke nicht mehr belastet sind.

5.3. Volkswirtschaftliche Bedeutung und Entlastung der öffentlichen Hand

Die Kommission anerkennt die wichtige Rolle der ISZL für den Wirtschaftsstandort Zug. Für international tätige Unternehmen ist das Vorhandensein einer internationalen Schule ein entscheidender Standortfaktor. Zudem entlastet die ISZL das öffentliche Bildungswesen massiv. Eine Integration der über 1200 Schülerinnen und Schüler in die Volksschule wäre mit hohen Kosten und organisatorischen Herausforderungen verbunden.

5.4. Sicherheiten und Risiko

Das finanzielle Risiko für den Kanton wird als gering eingestuft. Dem Darlehen von 15 Millionen Franken stehen Immobilienwerte von rund 36 Millionen Franken gegenüber, die als Sicherheit dienen. Der Finanzdirektor betonte, dass diese Absicherung eine zwingende Voraussetzung für das Engagement des Kantons sei.

5.5. Mehrwert für die Öffentlichkeit

Durch die vertragliche Sicherung der Nutzungsrechte für Vereine und Organisationen der Gemeinden Hünenberg und Risch wird ein direkter Mehrwert für die lokale Bevölkerung geschaffen. Die Kommission hat diesen Aspekt im neuen § des Kantonsratsbeschlusses entsprechend verankert.

5.6. Gesamtwürdigung

Die Kommission hat die Vorlage unter Berücksichtigung der finanziellen, volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte umfassend geprüft. Die Mehrheit der Kommission kommt zum Schluss, dass die Gewährung des Darlehens im öffentlichen Interesse liegt. Sie gewichtet die Sicherung des Bildungs- und Wirtschaftsstandorts Zug sowie die Entlastung der öffentlichen Schulen höher als ordnungspolitische Vorbehalte. Das Darlehen wird als notwendig erachtet, um die Finanzierungslücke zu schliessen, die der private Kapitalmarkt offenlässt. Durch die vereinbarten Sicherheiten und die Verzinsung ist das Geschäft für den Kanton risikoarm und finanziell vorteilhaft. Eine Minderheit lehnt die Vorlage aus ordnungspolitischen Gründen ab und verweist auf die Subsidiarität staatlichen Handelns sowie die Zumutbarkeit von Schulgelderhöhungen. Im Ergebnis überwiegen für die Kommission die Vorteile einer gesicherten Weiterentwicklung der ISZL für den Kanton Zug.

6. Detailberatung

Die Detailberatung erfolgte an der zweiten Sitzung auf Basis des Antrags des Regierungsrats.

6.1. Titel, Ingress, I. und § 1

→ Die Kommission stimmte Titel, Ingress, I. sowie § 1 stillschweigend zu.

6.2. § 2

Ein redaktionelles Versehen (Grossschreibung von «Ihren») wurde korrigiert. § 2 Abs. 1 lautet nun wie folgt: «Die ISZL gewährt dem Kanton Zug zur Sicherheit des Darlehens ein Grundpfandrecht über 15 Millionen Franken zuzüglich Zinsen mit einem Maximalzinssatz von 10 Prozent auf ~~Ihren~~ ihren Liegenschaften im Kanton Zug.»

→ Die Kommission stimmte dem angepassten § 2 stillschweigend zu.

6.3. § 3

Der Zinssatz (SNB-Leitzins + 0,75 Prozent) wurde diskutiert. Es wurde festgestellt, dass dieser unter Berücksichtigung des gemeinnützigen Charakters der Stiftung vertretbar ist. Der Unterschied zum EVZ-Darlehen (fix 1,5 Prozent) wurde mit der unterschiedlichen Ausrichtung (Aktiengesellschaft vs. gemeinnützige Stiftung) begründet.

→ Die Kommission stimmte § 3 stillschweigend zu.

6.4. § 4

→ Die Kommission stimmte § 4 stillschweigend zu.

6.5. § 4a (neu)

Ein zentrales Anliegen der Kommission war die rechtliche Verankerung der unentgeltlichen Nutzung der Räumlichkeiten durch die Öffentlichkeit. Es wurde beantragt, dass die ISZL verpflichtet wird, geeignete Räume den Vereinen der Gemeinden Hünenberg (1. Priorität) und Risch (2. Priorität) unentgeltlich zur Verfügung zu stellen (vorbehalten Reinigungskosten). Zudem soll dies in einem Reglement detailliert geregelt werden. Die Kommission erarbeitete einen neuen § 4a, der diese Verpflichtungen festhält. Absatz 1 regelt die unentgeltliche Nutzung für Vereine, Organisationen und der Musikschule der Gemeinde Hünenberg. Gemäss Absatz 2 stehen die Räumlichkeiten in zweiter Priorität den Vereinen, Organisationen und der Musikschule der Gemeinde Risch unentgeltlich zur Verfügung. Absatz 3 regelt Vorgaben an die Regelung der Details in einem Reglement. Absatz 4 schliesslich verlangt, dass die Einhaltung dieser Vorgaben im Darlehensvertrag sicherzustellen ist.

Der neu eingefügte § 4a lautet wie folgt:

¹ Die ISZL stellt den Vereinen, Organisationen und der Musikschule der Gemeinde Hünenberg geeignete Räumlichkeiten und Aussenanlagen unentgeltlich zur Verfügung. Vorbehalten bleibt einzig die Verrechnung der effektiven Reinigungskosten.

² In zweiter Priorität stehen die Räumlichkeiten und Aussenanlagen unter den gleichen Bedingungen den Vereinen, Organisationen und der Musikschule der Gemeinde Risch zur Verfügung.

³ Die ISZL regelt die Einzelheiten der Nutzung in Zusammenarbeit mit den Gemeinden Hünenberg und Risch in einem Reglement. Dieses legt insbesondere fest:

- a) welche Räumlichkeiten und Aussenanlagen zur Verfügung stehen;*
- b) die Modalitäten der Nutzung und Reservation;*
- c) die Berechnungsgrundlagen für die Reinigungskosten und*
- d) die Verantwortlichkeiten und Pflichten der Nutzerschaft.*

⁴ Die Einhaltung dieser Vorgaben ist im Darlehensvertrag sicherzustellen.

➔ Die Kommission stimmte dem neu eingefügten § 4a stillschweigend zu.

6.6. § 5

Ein Kommissionsmitglied beantragte, dass die Informationspflicht nicht gegenüber dem «Kanton», sondern spezifisch gegenüber der «Finanzdirektion» gelten soll. Zudem wurde in Absatz 3 das Wort «wesentliche» im Zusammenhang mit Änderungen der Trägerschaft gestrichen, um eine umfassendere Meldepflicht zu gewährleisten.

§ 5 lautet unter Berücksichtigung dieser Änderungsanträge folgendermassen:

¹ Die ISZL informiert ~~den Kanton Zug~~ die Finanzdirektion regelmässig und rechtzeitig über wesentliche Entwicklungen, insbesondere zum Baufortschritt und zur Finanzierung

² Die ISZL stellt ~~dem Kanton Zug~~ der Finanzdirektion jährlich unaufgefordert den geprüften Jahresbericht sowie den Revisionsbericht zu.

³ ~~Wesentliche~~ Änderungen der Trägerschaft oder Governance der ISZL sind ~~dem Kanton Zug~~ der Finanzdirektion innert 30 Tagen schriftlich zu melden.

➔ Die Kommission stimmte dem angepassten § 5 stillschweigend zu.

6.7. II., III. und IV.

➔ Die Kommission stimmte den Schlussbestimmungen stillschweigend zu.

7. Schlussabstimmung

➔ Die Kommission stimmte der Vorlage Nr. 3958.2 - 18267 mit den beantragten Änderungen mit 10 zu 5 Stimmen ohne Enthaltung zu.

8. Antrag

Die vorberatende Kommission beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen ohne Enthaltung, auf die Vorlage Nr. 3958.2 - 18267 einzutreten und ihr mit den von der Kommission beantragten Änderungen zuzustimmen.

Zug, 1. Dezember 2025

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der vorberatenden Kommission

Die Präsidentin: Tabea Zimmermann Gibson

Beilagen:

- Beilage 1: Synopse
- Beilage 2: Antworten auf Fragen der Kommissionspräsidentin
- Beilage 3: Finanzielle und wirtschaftliche Bedeutung der ISZL für den Kanton Zug
- Beilage 4: Übertritte an Schweizer Hochschulen

Kommissionsmitglieder:

Zimmermann Gibson Tabea, Zug, Präsidentin

Achermann Heinz, Hünenberg

Andermatt Urs, Baar

Balmer Kurt, Risch

Estermann Tabea, Zug

Felber Michael, Zug

Franzini Luzian, Zug, Vizepräsident

Hegglin Christian, Zug

Illi Jeffrey, Hünenberg

Kremmel Corina, Zug

Maurenbrecher Eva, Hünenberg

Nussbaumer Karl, Menzingen

Schumpf Etienne, Zug

Wenzin Widmer Brigitte, Cham

Zimmermann Helene, Risch